

Verrat begann noch früher

Erwiderung auf: „Der Verrat an den Kurden begann viel früher“, 11.10.

Otfried Schrot hat Recht, dass die Kurden schon viel früher verraten wurden. Es war aber nicht erst die Einstufung der PKK als Terrororganisation, die ihre Unterdrückung legitimieren sollte. Im Friedensvertrag von Sèvres vom 10.8.1920 sollte auf Vorschlag des US-Präsidenten Wilson unter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker Kurdistan gemäß „Artikel 62 Autonomie erhalten, durch Artikel 64 wurde darüber hinaus staatliche Unabhängigkeit in Aussicht gestellt. Im Friedensvertrag von Lausanne (1923), Wilson war nicht mehr im Amt, setzten sich Briten und Franzosen durch, teilten das Gebiet des fruchtbaren Halbmonds (Naher Osten) unter sich auf. Die Kurden wurden ignoriert und bis heute unterdrückt. Gerechtigkeit sieht anders aus. Frieden ohne Gerechtigkeit wird es nicht geben.

Eckard Bretzke, Barsinghausen

Diskussion: frblog.de/nordsyrien

Staatliche Gewalt

Zu: „Jane Fonda festgenommen“, FR-Panorama vom 14. Oktober

Laut dpa-Meldung wurde die bekannte Schauspielerin Jane Fonda bei einem Klimaprotest vor dem Kapitol in Washington D.C. festgenommen und in Handschellen abgeführt. Zu den vielen unvorstellbaren Ereignissen aus Amerika unter dem amtierenden Präsidenten kommt diese „kleine“ Aktion dazu. „In Handschellen abgeführt“, das hat mich aufgeregt. Liebe FR, berichte weiterhin über alle Proteste zum Klimawandel und die staatliche Gewalt, sie zu unterdrücken, selbst wenn es „Einzelfälle“ sind.“ Da meine vor Kurzem verstorbene Schwester (aus Washington D.C.) mir nichts mehr von vielen Einzelheiten in der Politik und in der Gesellschaft berichten kann, bin ich auf weiterhin auf ausführliche Berichterstattung aus USA angewiesen. Danke an Sie alle in der Redaktion!

Henny Ludwig, Bad Homburg

Es bleibt nur Saures

Zu: „Johnsons Deal auf der Kippe“, FR-Politik vom 19. Oktober

Am 31. Oktober soll man den Schreckgespenstern freien Lauf lassen. Doch der Unterschied zwischen Halloween und Brexit liegt wohl darin, dass bei erstem der Spuk am nächsten Tag schon vorbei ist. Angesichts der Frage „Süßes oder Saures?“ ist ja zu befürchten, dass nur „Saureres“ bleibt. Jeffrey Myers, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht. Anschließend Diskussion.

Donnerstag, 24. Oktober, 18.30 Uhr
Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Autoritäre Populisten gegen Gender: Trump, Bolsonaro und die AfD“. Darüber sprechen Dinah Leschzyk, Dorothee de Nève, Greta Olson (alle von der Uni Gießen) und der Journalist Peter Weißenburger.

Donnerstag, 24. Oktober, 18.15 Uhr

Aula der Uni Gießen, Ludwigstraße 23, Gießen

Nadja Erb moderiert die Lesung von Karen Köhler im Literaturhaus Frankfurt. Sie stellen ihren ersten Roman „Miroloi“ vor, der es auf die Longlist des Deutschen Buchpreises geschafft hat.

Montag, 28. Oktober, 19.30 Uhr
Literaturhaus, Schöne Aussicht 2, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Wohin entwickelt sich Deutschland?“ Darüber und über die Ergebnisse der Landtagswahl in Thüringen reden die Linken-Bundestagsabgeordnete Martina Renner, der Grünen-Bundestagsabgeordnete Jürgen Trittin und der Wahlforscher Matthias Jung.

Donnerstag, 31. Oktober, 19 Uhr,
Haus am Dom, Domstraße 3, Frankfurt.

Tobias Schwab moderiert die Diskussion „Sneakers, Pumps und Pantoletten – Billiglöhne für schicke Treter?“ Mit Bernd Hintzmann (Kampagne für Saubere Kleidung/Inkota).
Mittwoch, 6. November, 19 Uhr
Kulturforum am Freiheitsplatz, Hanau

Erheblicher Knacks im Rechtsempfinden

Rechter Terror: „Mit zehn Punkten gegen Rechtsextremismus“, FR-Politik vom 19. Oktober

Der Rechtsstaat muss Grenzen ziehen

Mir stellt sich in Bezug auf rechte Hetze eine Frage: Wie sind die beiden folgenden Vorgänge miteinander zu vereinbaren? Einerseits erhält in Darmstadt ein Bio-Deutscher, der ausländischen Nachbarn einen böswärtigen, volksverhetzenden Brief geschrieben und in der Nachbarschaft verbreitet hat, eine Geldstrafe. Ich bin der Darmstädter Staatsanwaltschaft und dem Gericht sehr dankbar dafür, dass sie meinen Glauben an den Rechtsstaat gefestigt haben.

Andererseits werden in Chemnitz und anderswo von Rechtsradikalen mit hassverzerrten Gesichtern eindeutig strafrechtlich relevante Nazi-Parolen in die Gegend gebrüllt. U.a. damit wird der Boden bereitet für Taten wie die in Halle. Diese Leute müssen doch identifizierbar sein! Sie scheinen davon auszugehen, dass sie mit ihrem Verhalten durchkommen. Mein Glaube an der Rechtsstaat erhält einen erheblichen Knacks.

Wie das erste Beispiel zeigt, wäre es möglich, einzuschreiten und Grenzen aufzuzeigen. Irgendwie beschleicht mich der Verdacht einer da und dort vorhandenen klammheimlichen Komplizenschaft bei den staatlichen Organen. Ich würde so gerne eines Besseren belehrt.

Almut Mezger, Darmstadt

Große Teile des Volks sind leicht steuerbar

Man muss unseren regierenden Politikern schon Respekt zollen, wie sie den Fall Halle unisono der AfD als geistige Brandstifter unterjubeln. Wie in den Leserbriefen klar zu erkennen, ist die Botschaft angekommen, und der Hass kennt kaum noch Grenzen. Es zeigt sich mal wieder: der dumme Deutsche, das leicht manipulierbare Wesen.

Vergessen sind die Verfolgungspannen sowie Ermittlungsblokkaden im NSU-Fall. Ich erinnere an den LKA-Beamten



Vor dem Dönerladen in Halle.

DPA

Mario Melzer: „Wer an die offizielle Version glaubt, glaubt auch an die Zahnfee“. Es waren die unsichtbaren Wände, gegen die eine Handvoll aufrechter Polizisten aus Thüringen immer wieder liefen. Das kennen wir in Hessen allzu gut mit der Zwangspensionierung von vier Finanzbeamten. Ministerpräsident Volker B. samt Vorgänger lassen grüßen. Bouffier: Wir lassen uns die Demokratie und Freiheit nicht nehmen. Wie bitte? Damals wurden zehn Menschen getötet, Aufklärung Fehlangezeige. Bei Mord und Totschlag ist von einer Aufklärungsquote weit über fünfundsiebzig Prozent auszugehen. Melzer, „Man kann fast alles aufklären – man muss nur dürfen“.

Der zutiefst traurige Vorfall hat leider wieder einmal gezeigt: Von den Opfern spricht kein Mensch mehr. Die Tat wird als psychologische Kriegsführung gegen Andersdenkende genutzt. Wie so oft offenbaren die Leserbriefe in der FR, wie leicht steuerbar große Teile des Volkes sind. Dabei sitzen die wahren Totengräber der Demokratie woanders. Einfach nur traurig und beschämend.

Dave Barth, Frankfurt

Brandner muss sofort abgelöst werden

Dass der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag, Stephan Brandner (AfD), die Nachricht eines anderen Nutzers verbreitet, die Opfer des Amokläufers in Halle seien eine Deutsche gewesen, die gerne Volksmusik gehört habe, sowie ein Biondensch, so dass sich die Frage stelle, warum Politiker in Moscheen und Synagogen mit Kerzen herumlungerten, ist an eiskaltem Zynismus nicht mehr zu überbieten. Diese beiden Zufallsopfer gab es nur, weil der antisemitisch ausgerichtete rechtsextreme Täter bei seinem eigentlichen Vorhaben scheiterte! Dieser AfD-Politiker muss als Vorsitzender des Rechtsausschusses sofort abgelöst werden, nachdem er definitiv eine Grenze überschritten hat. Solange diese Entgleisung zudem nicht mit einem Parteiausschluss und Ausschluss aus der AfD-Fraktion geahndet wird, sind Alexanders Gaulands Vorwürfe gegen berechtigte Kritiker wie Michael Roth (SPD) letztlich nur noch die Eiseleien eines alten Mannes.

Siegfried Kowallek via FR-Blog

Diskussion: frblog.de/halle

Nicht denken lassen, sondern selber denken

Geschäfte mit Diktatoren: „Wo bleibt der Aufschrei?“, FR-Politik vom 14. Oktober

Indem Regierungen zwischen wirtschaftlichen und Machtinteressen einerseits und Menschenrechten andererseits abwägen, handeln sie nicht nur undemokratisch, sie setzen sich auch ins Unrecht, denn Menschen- und Grundrechte gehen vor, sind Voraussetzungen für eine lebendige Demokratie. Somit darf eine Regierung, und sei es mit noch so großer Mehrheit, gar nicht beschließen, Waffen beispielsweise nach Saudi-Arabien zu liefern. Stattdessen sollte sie transparent machen, wie viel dies jede/n Bürger*in kosten würde, zum Beispiel durch den Verlust von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen, wenn deutsche Konzerne darauf verzichten. Stattdessen wird uns suggeriert, unser Wohlstand bliebe zumindest gleich,

um dann gebetsmühlenartig herunterzuleiern, wir brauchten unbedingt ein Wirtschaftswachstum. Diese vermeintliche Faktenlage entlarvt sich als eine rigide, künstlich hergestellte.

Ich bin der Meinung, dass wir uns unsere Menschlichkeit, unser Klima und unsere Demokratie, somit auch die Meinungsfreiheit, etwas kosten lassen. In dieser verkapitalisierten Welt gibt es leider schon lange nichts mehr umsonst. Ich betrachte dies als eine alternative Art von Wohlstand, wenn es ein besseres Klima, mehr Humanität und ein gewagtere Demokratie gibt. Regierungen suggerieren uns, wir würden durch Wahl diese Verantwortung an sie delegieren. Die Regierungsverantwortung haben sie inne, aber die Kontrolle darüber,

wie sie ihre Macht gebrauchen, bleibt letzten Endes bei uns, beim Plebs. Also müssen wir uns weiterhin eine Meinung bilden – in einer komplizierten, von Suggestionen bestimmten Welt eine schwierige Aufgabe – und diese dann auch kundtun. Ich stimme mit dem Leitsatz von Alexander Skipis überein, dass der größte Feind der Meinungsfreiheit die Untätigkeit sei. Aber tatsächlich sind wir ja sehr beschäftigt, und wir müssten erst herausfinden, was denn das Notwendige ist. Der konsumgedrillte, am sogenannten Wohlstand orientierte Bürger, müsste sich wieder als Individuum finden, das nicht denken lässt, sondern selber denkt. Robert Maxeiner, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/nordsyrien